

# „Es gibt überhaupt keinen Grund zur Entwarnung“

**Bodo Ramelow: LINKE-Kritik bleibt, Masterplan für Energiewende in Thüringen fehlt**

**Dass sich die Thüringer CDU nun als Vorkämpferin gegen den Bau neuer Stromtrassen gebärde, diene wohl eher dazu, in Wahlkampfzeiten die Gemüter zu beruhigen. „Offenkundig soll mit vagen Ankündigungen dem Bürgerprotest der Wind aus den Segeln genommen werden, um sich als vermeintliche Trassengegner einfach über den Wahltag zu retten“, hatte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, bereits Ende Juli erklärt mit Bezug auf Äußerungen der Thüringer Ministerpräsidentin, dass die geplante Südost-Gleichstromtrasse „so“ nicht kommen werde.**

Inzwischen hat auch Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Hoffnungen auf eine Trassenänderung der umstrittenen Gleichstrompassage Süd-Ost eine Absage erteilt. Die Trassenbetreiber würden wohl keinen Vorschlag vorlegen, der Thüringen nicht tangiert, so Gabriel bei einem Wahlkampf-Besuch kürzlich in Jena.

Es sei allerdings gut, wenn jetzt „Bewegung in die Frage des Trassenneubaus kommt, aber das allein reicht nicht aus“, hatte Bodo Ramelow erklärt. Erst mit einer Änderung der Rechtsgrundlagen könnten die Bürger darauf vertrauen, dass die Tasse entlang der A9 nicht gebaut werde, und es bleibe daran zu erinnern, dass das Land Thüringen nichts unternommen hat, um die planerischen Grundsätze zu verhindern.

„Die Kernkritik der LINKEN bleibt: es fehlt ein Masterplan für die Energiewende in Thüringen. Für eine wirklich dezentrale und regenerative Energiewirtschaft müssen auch die planerischen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb werde ich die momentanen reinen Ankündigungen nur als Beruhigungsspiel im Wahlkampf und noch nicht als ernstzunehmenden Aus-

stieg aus der überbordenden Hoch- und Höchstspannungsneubau-Planung. Bundesplanungsrecht ist jedenfalls nicht geändert worden, daher gibt es überhaupt kein Grund zur Entwarnung.“ Notwendig sei es, Energiesicherheit und -bezahlbarkeit miteinander in Einklang zu bringen und die Planungen strikt an den Grundsätzen regional, dezentral und regenerativ auszurichten, so Bodo Ramelow.



**Landrätin Petra Enders (LINKE) warnt „vor diesem Doppelspiel“**

Ein von den Thüringer Landräten gefordertes Moratorium schließt auch den sich in der Planfeststellung befindlichen Bauabschnitt von Altenfeld zur thüringischen Landesgrenze ein. „Noch gibt es keine Baugenehmigung. Das Land als Genehmigungsbehörde hat es in der Hand, diese zu erteilen bzw. zu verweigern“, unterstrich jetzt die LINKE-Landrätin des Ilm-Kreises,

Petra Enders, und forderte die Landesregierung auf, das Moratorium ernst zu nehmen. „Mit der im Herbst von der Bundesregierung angekündigten Reform des Energiewirtschaftsgesetzes müssen klare Regelungen getroffen werden, die sichern, dass bei ausreichender Erneuerbarer Stromversorgung zukünftig konventionelle Kraftwerke kein gesichertes Einspeiserecht mehr haben.“

Ganz besonders darf kein Netzausbau mehr erfolgen, den zum Schluss der Stromverbraucher bezahlen muss. Daraus abgeleitet ist eine dringende Überarbeitung der Netzentwicklungsplanung notwendig, die eine Novellierung des Energieleitungsausbaugesetzes und der Bundesbedarfsplanung nach sich ziehen muss“, sagte Petra Enders. Nur so werde gesichert, dass die sich in der Diskussion befindliche Gleichstromleitung an der A9 und weitere durch Thüringen geplante Höchstspannungstrassen, nicht umgesetzt werden.

„Mit der seit Jahren geübten Praxis, den Menschen Stromtrassen direkt vor die Haustür zu stellen, ihr Umfeld und ihre Heimat zu verhandeln und dies dann mit der Energiewende und dem Klimaschutz zu begründen, sollen die Bürger für dumm verkauft werden. Vor diesem Doppelspiel, das eindeutig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land geht, warne ich, denn die derzeit breite Akzeptanz für eine dringend notwendige Energiewende wird damit verspielt werden“, mahnte die Landrätin.

*Archiv-Foto: Bürgerprotest vor dem Thüringer Landtag.*

## VON A BIS Z:

### Dispozinsen

Die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion, Diana Skibbe, hat sich mit großem Unverständnis zur unverändert enormen Höhe der Dispozinsen geäußert: „Jetzt wurde durch die EZB, die Europäische Zentralbank, die Höhe des Leitzinses mit 0,15 Prozent bestätigt. Die Kreditinstitute können sich also fast zum Nulltarif bei der Notenbank Geld leihen.“

Nun sollte man doch annehmen, dass von diesen höchst lukrativen Konditionen auch die Bankkunden profitieren. Aber weit gefehlt. Die Zinssätze für Dispozinsen bewegen sich weiter in einer durch nichts zu erklärenden Höhe. Elf Prozent und mehr Dispozinsen und über 17 Prozent für geduldete Überziehungen sind hier die Normalität. Gerade Sparkassen sind dabei häufig die Vorreiter. Diese Handlungsweise ist in höchstem Maße fragwürdig. Aber wie sagte man schon im alten Rom: ‚Pecunia non olet‘. Immerhin haben die deutschen Banken allein aus dem Dispo-Geschäft im Jahr 2011 3,7 Milliarden Euro eingenommen. Offensichtlich besteht hier kein Regelungsinteresse, obwohl 30 Prozent der Bankkunden in Deutschland den Dispo nutzen.“

Diana Skibbe verwies darauf, dass die LINKE „schon lange gegen die Abzocke der Bankkunden kämpft“ und „eine Dispo-Deckelung“ fordert. „Wir werden in Thüringen noch in diesem Jahr erneut Anlauf nehmen, um die Dispozinsen der Sparkassen in Thüringen gesetzlich auf fünf Prozent zu begrenzen.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssondersitzung:

Vor dem Ende dieser Legislatur kommt der Thüringer Landtag zu einer außerplanmäßigen Sondersitzung zusammen. Anlass ist die Vorlage des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Hintergründe des neonazistischen NSU-Terrors. Die Sondersitzung findet am Freitag, den 22. August, statt und beginnt um 10.00 Uhr.

Die Sondersitzung wird im Internet per Livestream übertragen auf der Web-Seite der Linksfraktion sowie im Informationsdienst des Thüringer Landtags: [www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/plenum](http://www.thueringer-landtag.de/landtag/aktuelles/plenum).

Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion:

**[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)**

## Mietpreisbremse

Dass im Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse weitere Ausnahmetatbestände zugelassen werden sollen, „zeigt, dass kein politischer Wille da ist, Problemlagen der von steigenden Mietpreisen Betroffenen ernst zu nehmen“, protestierte MdL Heidrun Sedlacik. Von der im Bundestagswahlkampf 2013 angekündigten Initiative bleibe kaum noch etwas übrig. „Eine aufgeweckte Mietpreisbremse – sie soll z.B. für laufende Mietverträge und Erstvermietungen nicht gelten – kann nicht greifen. Solange das ortsübliche Niveau der Mietpreise für den Mietspiegel aus den Neuvermietungen der letzten vier Jahre berechnet wird, muss eine wirksame Preisbindung her“, forderte die LINKE Politikerin.

## Buchpremiere

Am 5. September 2014 stellt der Eckhaus Verlag im Jugend- und Kulturzentrum mon ami in Weimar (Graben 6) sein neues Buch vor. „Ein gewisser Herr Ramelow“ von Stefan Wogawa widmet sich dem jahrelangen Kampf des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag gegen die Bespitzelung durch den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz, der er trotz seines Status als demokratisch gewählter Landtags- und Bundestagsabgeordneter ausgesetzt war. Bei der Premiere wird neben Bodo Ramelow auch Gregor Gysi, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, anwesend sein, der das Vorwort beigesteuert hat. Die Veranstaltung beginnt 13.00 Uhr, der Eintritt ist frei.

## Amtstierärzte

„Dass die Zahl der Amtstierärzte gesunken ist, ist ein Skandal, denn es gibt immer mehr Tiertransporte, auch die Anforderungen bei Kontrollen in Schlachthöfen und Tierzuchtanlagen wachsen. Die Menge der tierischen Produkte ist gestiegen und damit auch die Arbeitsbelastung für die Tierärzte. Thiendorf ist trauriges Beispiel, wie die Lücke zwischen mangelhafter Umsetzung der Gesetze und fehlenden Kontrollkapazitäten zum Leid der Tiere führt“, so MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright (LINKE), die mit Blick auf die Amtstierärzte betonte: „Es ist Aufgabe der Landesregierung, nicht einen Personalabbaupfad bis zum Kollaps zu beschreiten, sondern dem wichtigsten Personalbedarf zu entsprechen.“